



Pressemitteilung

Nummer 20/2015 vom 23. März 2015

Seite 1 von 1

Deutschland beantragt EU-Förderung in Milliardenhöhe

Deutschland hat für Verkehrsinfrastrukturprojekte des Bundes bei der EU-Kommission Fördergelder in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro beantragt. Zu den insgesamt 30 Förderanträgen gehören Projekte in den Bereichen Straße (70 Millionen Euro), Binnenwasserstraßen und Seehäfen (230 Millionen Euro) sowie Schiene (2,5 Milliarden Euro).

Bundesverkehrsminister **Alexander Dobrindt**: „Deutschland ist ein zentrales europäisches Transitland für den Personen- und den Güterverkehr. Wir leisten mit unseren Verkehrswegen einen wichtigen Beitrag für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa. Um die Qualität zu verbessern, beantragen wir einen Milliardenbetrag zur Modernisierung, sowie zum Aus- und Neubau unserer europäischen Verkehrskorridore. Von leistungsfähigen Straßen, Schienen und Wasserstraßen in Deutschland profitieren wiederum alle Mitgliedsstaaten europaweit.“

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Programms für transeuropäische Verkehrsnetze und der sogenannten „Connecting Europe Facility“ (CEF). Ziel ist es, Lücken und Engpässe zu beseitigen und ein einheitliches europäisches Verkehrsnetz aufzubauen. Für EU-Länder, die keine Kohäsionsfondsmittel erhalten, stehen im Zuge der ersten Ausschreibung der Förderperiode 2014-2020 rund 8 Milliarden Euro zur Verfügung. Von neun europäischen Kernnetz-Korridoren, die im Fokus der Kommission stehen, verlaufen sechs durch Deutschland. Mit den beantragten Mitteln sollen auf diesen Korridoren bundesweit laufende Projekte beschleunigt, bzw. neue Projekte vorbereitet werden.

Die vollständige Liste der Anträge für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes finden Sie unter www.bmvi.de

Etwa 70 weitere Förderanträge wurden von öffentlichen und privaten Infrastrukturbetreibern sowie Verkehrsunternehmen gestellt. Sie belaufen sich für deutsche Projekte auf insgesamt rund 300 Millionen Euro. Ein Großteil davon (110 Millionen Euro) soll dem Ausbau von Lade- und Tankstelleninfrastruktur für alternative Antriebe (Elektro, Wasserstoff, Gas) im Straßenbereich sowie in Binnen- und Seehäfen zu Gute kommen.

Die Entscheidungen über die Förderanträge werden voraussichtlich im Spätsommer 2015 durch die EU-Kommission getroffen.

HAUSANSCHRIFT

Invalidenstraße 44

10115 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-7200

FAX +49 (0)30 18-300-1958

Pressesprecher:

Dr. Sebastian Rudolph (verantw.)
Vera Moosmayer
Julie Heint
Dr. Stefan Ewert
Ingo Strater
Julia Vinnai
Martin Susteck

presse@bmvi.bund.de

Fotos: www.flickr.de/bmvi_de

